

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— **erscheint an jedem Werktag** —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in **Bl.**: Die 41 mm breite Zeile (Rost'se Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 **Bl.**, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 **Bl.**; amtlich 1 mm 30 **Bl.** und 24 **Bl.**; Reklame 25 **Bl.**. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhirsdorf, Dretzig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. F. Ernst & Erben (Inh. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 14

Freitag, den 17. Januar 1930

82. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Öffentliche Mahnung

Die Steuerpflichtigen, die ihre Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer — Termin 10. 1. 1930 — noch nicht entrichtet haben, werden hiermit aufgefordert, die rückständigen Steuerbeträge innerhalb 8 Tagen an die Finanzkasse Kamenz abzuführen. Werden die Steuerbeträge nicht rechtzeitig entrichtet, so erfolgt deren Einziehung nebst Verzugszinsen auf Kosten der Steuerpflichtigen durch Postnachnahme.

Wird die Postnachnahme nicht eingelöst oder unterbleibt die Einziehung durch Postnachnahme, so werden die geschuldeten Beträge im Verwaltungswege beigetrieben.

Die Finanzkasse ist am Montag jeder Woche für den persönlichen Verkehr mit den Steuerpflichtigen geschlossen.

Finanzamt Kamenz, am 14. Januar 1930.

Das Wichtigste

Der preussische Minister des Innern, Grzesinski, hat durch einen Rundschreiben an alle Polizeibehörden Anträge und Versammlungen unter freiem Himmel für ganz Preußen verboten.
Die mexikanische Regierung ist nach Meldungen aus Mexiko Stadt entschlossen, das neuaufliebende Räuberwesen schnellstens auszurotten. Innerhalb von zwei Tagen sind fünfzehn Räuber hingerichtet worden.
Die in Finanzkreisen allgemein erwartete Herabsetzung des Diskontsatzes der Bank von England ist ausgeblieben. Die City ist stark enttäuscht.
Der Postzug von Johannesburg nach Port Elizabeth ist in der Nähe von Port Elizabeth auf einen Lokalgüterzug aufgelaufen. Der Schlupwagen des Lokalgüterzuges wurde bei dem Aufprall in zwei Teile geschnitten. 16 Personen wurden schwer verletzt. In einem Vorzuge bei Sevilla erkrankten 24 Personen an Wurstvergiftung. Acht Personen sind bereits gestorben.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Steuerpflichtige), die ihre Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer — Termin 10./1. 1930 — noch nicht entrichtet haben, werden auf die öffentliche Mahnung des Finanzamts Kamenz im amtlichen Teil der heutigen Ausgabe besonders aufmerksam gemacht.

Pulsnitz. (Kommt eine neue Inflation?) Was sagen hierzu die Banken, Parker Gilbert, Hugenberg u. a. Politiker? Ueber diese wichtigen Fragen und über das furchtbare Hypothekenzinsjahr 1932 spricht der bekannte ehemalige Reichstagsabgeordnete und Stadtworordnete aus Berlin, Richard Kunze, am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Schützenhause Pulsnitz. Näheres siehe im Anzeigenteil.

— **OK.** (Gesellenprüfungen.) Mit Dikern kommt wieder der Zeitpunkt heran, wo eine große Anzahl von Handwerkslehrlingen ihre Lehrzeit beendet. Die Gewerbetammer Zittau hat schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß ein vollständiger Abschluß der Lehrgänge erst durch die Ablegung der Gesellenprüfung erreicht wird. Die Ablegung dieser Prüfung, die nach §§ 131 ff. der Gewerbeordnung abgenommen wird, liegt ganz im Interesse des Bezirklings, da mit deren Bestehen wesentliche Rechte und Vorteile verbunden sind. Zunächst erwirbt sich der Lehrling die Berechtigung, sich geprüfter Geselle nennen zu dürfen. Zweitens kann ihm die Ablegung der Prüfung auch wirtschaftliche Vorteile bringen; bei Bewerbungen um eine Arbeitsstelle gibt ein gutes Prüfungsergebnis oft genug den Ausschlag. Viel bedeutender aber wird der wirtschaftliche Vorteil für seine Zukunft: Ohne Ablegung der Gesellenprüfung kann der junge Handwerker später nicht zur Meisterprüfung zugelassen werden; er darf sich niemals Meister mit der Bezeichnung seines Handwerks nennen und keine Lehrlinge ausbilden. Durch die Ablegung der Prüfung erwirbt sich also der Lehrling große Rechte und wirtschaftliche Vorteile, so daß nicht oft genug auf den Wert der Prüfung für sein späteres Fortkommen hingewiesen werden kann. Diejenigen Lehrlinge, deren Lehrmeister einer Innung angehören, haben ihre Gesuche um Zulassung zur Prüfung an die in Frage kommende Innung einzureichen, während die Lehrlinge, deren Lehrherren keiner Innung angehören, die Zulassungsgesuche an die Gewerbetammer Zittau, Leisingstraße 32, zu richten haben. Die Anmeldung, bei der Gewerbetammer hat bis spätestens zum 15. Februar 1930 zu erfolgen.

— (Mütterberatung) findet statt am Mittwoch, den 22. Januar, nachmittags 1/3 Uhr in der Schule zu Lichtenberg. Arzt wird anwesend sein.

Großhirsdorf. (Ein Kraftwagen gestohlen) In der Nacht zum 15. Januar ist aus einer hiesigen verschlossenen Autogarage ein ziemlich neues Personenauto, fünfjährige Limousine, Marke NAG-Protos gestohlen worden. Der Wagen trägt die Nummer I 18769 und hat Scheibenräder, hinten einen Gepäckträger, der unterteilt ist beige-rot, der Oberteil schokoladenbraun. Motor-Nummer 29 585, Fahrgestellnummer 26 091. Sachdienliche Mitteilungen wolle man der Gendarmerektion machen.

Kamenz. (Auf dem heutigen Wochenmarkt) kosteten u. a. Blumenohl 40—80, Rosenohl 60, Grünohl 20, Spinat 30, Wirsing 15, Weißkraut 15, Rotkraut 15—20,

Sonnabend Unterzeichnung des „Haager Protokolls“

Die Berliner Presse zum Beschluß der Sozialdemokratie gegen Schacht
Der neue Bericht des amerikanischen Handelsattachés in Berlin

Noch Schwierigkeiten in der Mobilisierungsfrage.

Haag. Am Mittwoch haben sich Professor Mol-denhauer und Chéron, der französische Finanzminister, bis 2 Uhr nachts über das sogenannte Gentleman-Agreement unterhalten. Es handelt sich dabei um die Frage der Mobilisation. Diese Besprechungen sind am Donnerstag weitergegangen.

Die gesamte amerikanische Presse, die im Haag vertreten ist, hat den Notenwechsel über die Sanktionen als eine „neue Unterwerfung Deutschlands“, oder, wie ein führender amerikanischer Journalist getauft hat, eine neue evidente Niederlage, aufgefaßt.

Die Sanktionsfrage ist so geregelt: Für den Fall der Zerstörung des Young-Plans, d. h. für den Fall, daß ein Wille zu Handlungen vorhanden ist, die den Young-Plan außer Kraft setzen sollen und dies anerkannt ist vom Haager Juristenhof, kann Frankreich allein einmarschieren. Ohne Kriegrecht, und ohne, daß Deutschland dagegen protestieren darf, wenn es nicht zum zweiten Male vertragsbrüchig werden will.

Dr. Dormüller im Haag.

Bei den Besprechungen über die Mobilisation stellte der Reichsfinanzminister fest, daß das Reich bis zum 1. Oktober 1930 keine Anleihe wolle, daß er aber für die Reichspost und für die Reichsbahn solche Verpfändungen nicht geben könne. Infolgedessen ist der Reichsbahnpräsident Dr. Dormüller nach dem Haag gekommen.

Die offizielle Schlusssitzung.

In der die Delegierten das viele hundert Seiten starke Protokoll der Haager Konferenz unterzeichnen werden, findet am Sonnabend nachmittag statt. Dieses Protokoll wird in einer langen Formulierung alles zusammenfassen, was zwischen Deutschland und den Gläubigerstaaten im August und in der zweiten Haager Konferenz vereinbart worden ist. Es wird die im August angenommene politische Formel für die Rheinlandräumung und die Kontrolle enthalten. Weiter wird in dem Protokoll der Young-Plan enthalten sein in vollem Wortlaut einschließlich der zahlreichen Gesehentwürfe des Statuts für die Internationale Tributbank und einschließlich aller Vereinbarungen, die über die finanzielle Frage zwischen Deutschland und den Gläubigerstaaten getroffen sind. Endlich wird dieses Protokoll auch die in der Beratung der sechs Mächte vereinbarte Formulierung über die Sanktionsfrage umfassen.

Fest steht jetzt, daß die Saarfrage auf der Haager Konferenz nicht zur Verhandlung kommt, obwohl die Ergebnisse der bisherigen deutsch-französischen Pariser Saarverhandlungen eine direkte Verständigung zwischen dem französischen und dem deutschen Außenminister über die grundsätzlichen Probleme der Saarfragen notwendig machen.

Reichstag am 23. Januar?

Der Ältestenrat des Reichstages wird am Sonnabend, dem 18. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr zusammentreten, weil die Einberufung des Reichstages auf Donnerstag, den 23. Januar, geplant ist.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Donnerstag um 11 1/2 Uhr im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, die sich mit den Haager Verhandlungen und insbesondere mit dem Vorgehen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht befaßten sollte. Die übrigen Reichstagsfraktionen haben bisher keine Stellungnahme zu den Haager Verhandlungen in Aussicht genommen.

Das Echo in Paris.

Paris. Den Hauptteil der Haager Kommentare in der

französischen Presse nimmt die deutsche Annahme der französischen Sanktionsformel ein. In allen Zeitungen wird die Lösung als ein großer und bestreiter Erfolg für Frankreich bezeichnet. Die Chicago Tribune schreibt, daß die neue Sanktionsklausel im Gegensatz zum Artikel 430 des Versailler Vertrages wirklich fähne habe. Sie gebe Frankreich das Recht zu einem unabhängigen Vorgehen. Auch von den in London im Jahre 1924 von Herriot gemachten Versprechungen, keinen neuen Ruhefall zu unternehmen, habe sich Frankreich dadurch freigemacht. Deutschland habe sich einverstanden erklärt, die Franzosen kommen und nehmen zu lassen. Berlin schreibt im Echo de Paris: Nach einer fünfjährigen Außenpolitik, reich an Irrtümern und Abschweifungen, ist das erreicht worden, was erreicht werden konnte, und der Führer der französischen Delegation muß beglückwünscht werden, das Maximum erzielt zu haben.

Das Journal erklärt die jetzige Lösung für weit besser als eine einfache Rückkehr zum Versailler Vertrag. Selbst der englische Schatzkanzler Snowden sei zunächst zurückgeschreckt, als Lardieu darauf hingewiesen habe, daß Frankreich dadurch seine Handlungsfreiheit in Krisenfällen zurückhalten habe.

Auftakt zur Londoner Flottenkonferenz.

MacDonald vor der Presse.

London. Der englische Ministerpräsident MacDonald empfing die Vertreter der englischen und ausländischen Presse im Außenamt. Dieser Empfang war als eine Art Auftakt für die Flottenkonferenz gedacht. Der Standpunkt der britischen Regierung für die bevorstehende Konferenz läßt sich nunmehr wie folgt darlegen: Großbritannien betrachtet Völkervertrag, Locarno-Verträge, Kellogg-Pakt und die Verbindlichkeiten auf Grund der Optionsklausel als Grundlagern, die nicht nur eine Teilabrüstung rechtfertigen, sondern sogar notwendig machen. Die Abrüstungsverminderung und vor allem die Beseitigung des Rüstungswettbewerbs werden von der Welt-Öffentlichkeit gebilligt und sogar verlangt.

Amerika gegen England.

Der Vorschlag MacDonalds, auf der Londoner Konferenz die völlige Abschaffung der Schlachtschiffe in Erwägung zu ziehen, findet jedoch in Amerika keine Gegenliebe. Wie verlautet, sieht Staatssekretär Stimson selbst in den Schlachtschiffen das Rückgrat der amerikanischen Flotte.

Japan über London enttäuscht.

Die japanische Admiralität hat Anweisung an die an der Londoner Flottenkonferenz teilnehmenden japanischen Sachverständigen gefandt, sich vorläufig jeder Erörterung über Fragen, die sich auf Großkampfschiffe und Flugzeugmutterchiffe beziehen, zu enthalten, da in diesen beiden Punkten eine Verständigung zwischen England und Japan noch nicht erreicht wurde. In japanischen Flottenkreisen wird die Enttäuschung über den bisherigen Verlauf der Vorbereitungen mit der britischen Regierung nicht verborgen.

Man sieht, auf der Londoner Konferenz für Flottenangleichung werden die Gegenstände nicht gering sein. Vom Abrüstung ist überhaupt nicht die Rede. Wenn nicht alles täuscht, wird auch die Londoner Konferenz wie die vorangegangenen Abrüstungskonferenzen ausgehen wie das Hornberger Schiefen.

Abschluß der Völkervertragsstagung.

Genf. Der Völkervertragsrat hielt Donnerstag mittag seine Schlusssitzung ab. Präsident Galeffi erinnerte in einer Rede an den 16. Januar 1920, wo der Völkervertragsrat zum ersten Male zusammentrat. Zwischen alle Völkerver-